

Heinrich Ammerer

## Jugend und Politik: Ein schwieriges Verhältnis?

### Was heißt schon „(un-)politisch“?

**Distanz der Jugendlichen zur Politik**

In einer breiten Öffentlichkeit hat sich im Laufe der letzten Jahre der Eindruck verfestigt, dass die junge Generation der Politik mit zunehmender Indifferenz gegenübersteht. Dieser Eindruck wurde in einschlägigen empirischen Untersuchungen nicht nachhaltig widerlegt.<sup>1</sup> Die relative „Ferne der Jugend zur Politik im engeren Sinne“<sup>2</sup> stellt einen berechtigten Grund zur Sorge dar, zu deren Minderung jedoch angemerkt werden muss, dass dieses scheinbare Desinteresse zu weiten Teilen wohl eher Ausdruck eines ebenso kritischen wie ambivalenten Verhältnisses zur Politik ist als bloße „Verdrossenheit“ über ebendiese.

**Pragmatische, aber nicht unpolitische Generation**

Eine differenzierte Betrachtungsweise legt vielmehr den Schluss nahe, dass von einer weitgehend „entpolitisierten“ Jugend in Wirklichkeit auch heute nicht die Rede sein kann. Die Protestbewegungen gegen die Globalisierungserscheinungen, den Irakkrieg, Demonstrationen gegen Sozialabbau oder gegen die „Selbstherrlichkeit“ der Mächtigen sind ebenso wie die politische Subkultur im Internet plakative Beispiele dafür, dass die „pragmatische Generation“<sup>3</sup> der gegenwärtigen Jugendlichen keineswegs unpolitisch ist.

**Bereitschaft für Engagement ist vorhanden**

Jugendliche engagieren sich in NGOs für *Fair Trade* oder alternative Medien und drücken ihren Unmut über den gesellschaftlichen und politischen Status quo in kämpferischen Rap-Versen aus. Soziologen attestieren der Jugend eine „im Grundsatz hohe Engagementbereitschaft“ und ein „ausgebildetes gesellschaftliches Problembewusstsein“.<sup>4</sup> Haben die „alten“ Ideologien und Parteien auch an Strahlkraft verloren, an ihre Stelle sind neue Möglichkeiten der politischen Identifikation und → Partizipation getreten. Nimmt man sie in den Blick, dann ist die These von der fehlenden Bereitschaft zur Teilnahme am gesellschaftlich-politischen Diskurs zu relativieren oder zu revidieren.

**Zu enger Politikbegriff**

Es darf deshalb angenommen werden, dass es ein allzu eingegengter Politikbegriff ist, der für das Bild vom politikverdrossenen Jugendlichen verantwortlich ist. Parteipolitik und parlamentarischer Parteienstreit, das sind vornehmlich die Bereiche, die unter „Politik“ verstanden werden – gerade von den Jugendlichen selbst. Politik wird damit alltagsbegrifflich auf die Staatskunst reduziert, während ihre visionären und gestalterischen Elemente, ihre Möglichkeiten zur Umsetzung individueller und gesellschaftlicher Ideale aus dem „politischen“ Blickfeld geraten.

**Interesse für Themen aus der Lebenswelt**

Wenn allorts die Indifferenz der Jugendlichen gegenüber „der Politik“ beklagt wird, bezieht sich dieses Desinteresse stärker auf diesen eingegengten Politikbegriff als auf die großen politischen Diskurse über Machtbalancen, den *pursuit of happiness* oder die Verwirklichung von gesellschaftlichen Werten und Zielen. Politische Themen, die unmittelbar auf die Lebenswelt der Jugendlichen Bezug nehmen oder in den weiten Horizont einer jugendlichen, d.h. globalisierten und vernetzten, Welt passen, erfreuen sich durchaus eines regen Interesses. Jenen funktionalen Aspekten des weiten Themenfeldes „Politik“ jedoch, die sich im Grunde auf die Verwaltung des Staatsapparates konzentrieren und keine visionären Gestaltungsmöglichkeiten bieten, wird – man mag es bedauern – mit zunehmender Gleichgültigkeit begegnet.

## Motivationsdefizite

Desinteresse an politischen Strukturen und Vorgängen ist keine günstige Voraussetzung für den Unterricht in der Politischen Bildung. Dass SchülerInnen nur dann dauerhaften Nutzen aus einem Fach ziehen, wenn sie den Unterrichtsgegenstand mit intrinsischem Interesse verfolgen, darf heute als lernpsychologischer Allgemeinplatz bezeichnet werden. Dem ohne Interesse gespeicherten Wissen ist eine Halbwertszeit eigen, die sich in wenigen Monaten bemisst und die den Lehr- und Lernaufwand kaum lohnen dürfte. „Das, was uns nicht emotional berührt, /.../ bekommen wir, wenn überhaupt, nur mit größter Mühe in unseren Kopf, und wenn wir es nicht ständig wieder aufsagen, ist es im Nu auch wieder verschwunden.“<sup>5</sup>

**Wenig Lern-  
erfolg ohne  
Interesse**

Politische Bildung tritt mit dem Anspruch an, dem jungen Menschen nicht bloß lexikalisches Wissen zu vermitteln, sondern ihn beim Erwerb von Handlungs-, Urteils- und Methodenkompetenzen zu unterstützen, die ihn befähigen, seine politischen Interessen und die anderer zu erkennen, zu artikulieren und im Rahmen politischer → Partizipation zu vertreten. Weder eine Befähigung der SchülerInnen zur aktiven politischen Mitgestaltung noch die dazu notwendigen Kompetenzen werden erreichbar sein, wenn der Unterricht lediglich als Lehren und Lernen eines staatsbürgerkundlichen Curriculums verstanden wird. Politische Bildung, die SchülerInnen nicht für Politik zu begeistern versteht, verfehlt ihre Aufgabe.

**Erwerb von  
Kompetenzen**

## Konsequenzen für die Praxis der Politischen Bildung

In der Frage der Begeisterungsfähigkeit für politische Themen ist es vorderhand wichtig, Differenzierungen vorzunehmen und Pauschalurteile zu vermeiden. „Die Jugend“ per se gibt es nicht, und ebenso wie sich allgemein aus unterschiedlichen Sozialisations- und Lebenskontexten heraus spezifische Interessenskonglomerate ergeben, erscheint auch das Verhältnis zur Politik einer starken Heterogenität ausgesetzt. Es spricht einiges für die Annahme, dass ein robuster Kern von Jugendlichen von sich aus ein vitales politisches Interesse an den Tag legt und ein größerer Teil zumindest leicht für politische Problemstellungen zu gewinnen ist. Die von Peter Filzmaier geleitete Pilotstudie „Jugend und Politische Bildung“ weist beispielsweise in diese Richtung.<sup>6</sup> Dass aber jenseits dieser beiden Kategorien ein erheblicher Teil der Jugendlichen<sup>7</sup> das Attribut des manifesten politischen Desinteresses auf sich zieht, ist nicht zu leugnen.

**Jugend  
differenziert  
betrachten**

Gerade bei diesen SchülerInnen wird Politische Bildung die Gründe für dieses fehlende Interesse an der Politik auch zum Thema des Unterrichts machen müssen. Sie sollte sich nicht scheuen, den Unmut über politische Gegebenheiten und Vorgänge im Unterricht anzusprechen und Wege zu diskutieren, wie Politik den Bedürfnissen Jugendlicher besser entsprechen könne. Die schwierige Aufgabe ist es, im Stil eines „aufgeklärten Institutionalismus“<sup>8</sup> Verständnis dafür zu wecken, dass „Demokratie und liberale Politik ohne Institutionen nicht zu haben sind“<sup>9</sup>. Den SchülerInnen sollte bewusst werden, dass jene gesellschaftspolitischen Probleme und Herausforderungen, die sie in ihrer Erfahrungswirklichkeit beschäftigen (z.B. Gleichbehandlung von Mann und Frau, Integration, Arbeitsmarkt), *politische* Themen sind und nur im Rahmen des demokratischen Prozesses in ihrem Sinne behandelt werden können.

**Ursache des  
Desinteresses  
zum Thema  
machen**

**Gesellschaft-  
liche Themen  
sind politi-  
sche Themen**

Politische Bildung im Sinne eines „aufgeklärten Institutionalismus“ heißt, die Strukturen der Macht zu analysieren und offenzulegen, um Wege aufzuzeigen, wie junge Menschen ihre Belange und die anderer wirksam vertreten können. Im Weiteren dürften folgende Konsequenzen für den Unterricht der Politischen Bildung unumgänglich sein:

### Reduktion der institutionenkundlichen Anteile am Unterricht

**3 Aspekte der Politik** Die Politikwissenschaft kennt drei Aspekte der Politik: „Polity“ bezeichnet die institutionelle, „Politics“ die prozessuale und „Policy“ die inhaltliche Dimension.<sup>10</sup>

DIMENSIONEN DES POLITISCHEN	
Dimensionen	Kategorien
Polity (Form) Politischer Handlungsrahmen	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Internationale Abkommen und Regelungen</li> <li>– Zentrale Verfassungsprinzipien</li> <li>– politische Institutionen</li> <li>– Gesetze und Rechtsnormen</li> </ul>
Policy (Inhalt) Inhaltliche Handlungsprogramme	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Problemstellungen</li> <li>– Programme</li> <li>– Ziele</li> <li>– Lösungen</li> <li>– Ergebnisse der Politik</li> <li>– Bewertung der Politik</li> </ul>
Politics (Prozess) Politischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozess	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Politische AkteurInnen</li> <li>– Beteiligte, Betroffene</li> <li>– Partizipation</li> <li>– Konflikte</li> <li>– Kampf um Machtanteile und um Entscheidungsbefugnis</li> <li>– Interessen(vermittlung)                             <ul style="list-style-type: none"> <li>– Artikulation</li> <li>– Auswahl</li> <li>– Bündelung</li> <li>– Durchsetzung</li> </ul> </li> <li>– Legimitationsbeschaffung                             <ul style="list-style-type: none"> <li>– Verhandlungen</li> <li>– Kompromissuche</li> <li>– Konsensfindung</li> </ul> </li> </ul>

Aus: Dachs, Herbert/Fassmann, Heinz (Hrsg.): Politische Bildung. Grundlagen – Zugänge – Materialien. Wien 2002, S. 8.

Dass sich Politische Bildung heute nicht mehr in bloßer Institutionenkunde erschöpfen darf, gehört zwar zum didaktischen Grundkonsens, dennoch legen Lehrplan und Lehrbücher immer noch ein starkes Gewicht auf einen institutionenkundlichen „Polity“-Unterricht, der – obgleich unbestreitbarer Bestandteil jeder Politischen Bildung – am wenigsten dazu angetan sein dürfte, das langfristige Interesse der SchülerInnen hervorzurufen. Leichter wird sich – zumal in der Sekundarstufe 2 – politisches Interesse durch die Fokussierung auf „Policy“, die inhaltliche Dimension, entfachen lassen: Über gesellschaftliche Wertvorstellungen, den Wettstreit der politischen Ideologien und Entwürfe zu debattieren wird Jugendliche stärker ansprechen. Sich mit Problemen zu beschäftigen und Fragen zu stellen, die nicht nur regional, sondern global wirksam sind und auch global beantwortet werden müssen, dafür werden selbst jüngere SchülerInnen zu gewinnen sein. Die politischen Willens- und Entscheidungsbildungsprozesse („Politics“) können SchülerInnen beispielsweise in der Schulgemeinschaft praxisnah erfahren (siehe Beitrag von Claudia Rauchegger-Fischer/Irmgard Senhofer idB).

### Angleichung der Inhalte an die Lebenswelt der SchülerInnen

**Entwurf politischer Zukunftskonzepte** Dass unterschiedliche Lebensalter ungleichen politischen Themen Aufmerksamkeit entgegenbringen, darf als gegeben angenommen werden. Das Projekt „mitmachen.at“ bot Jugendlichen 2006 die Möglichkeit, am Entwurf politischer Zukunftskonzepte mitzuwirken: In einer ersten Phase sollten politische und gesellschaftliche Themen von den TeilnehmerInnen grob nach Wichtigkeit geordnet und prägnante Beiträge dazu verfasst werden, die in einem nächsten Schritt von einer internen Kommission geordnet und zu Konzepten umgestaltet wurden, über deren Dringlichkeit wiederum in einer dritten Phase abgestimmt werden konnte. Die Ergebnisse der ersten Phase zeigten ganz klar, welche Themen a priori von besonderer Bedeutung sind: Der Bereich Umwelt erwies sich als Sieger, Beschäftigung und Bildung waren ebenfalls favorisierte Themen, während – keine Überraschung – das „Politische System“ selbst das Schlusslicht darstellte.<sup>11</sup> Im Detail genossen ideelle Ziele wie der „Schutz der Regenwälder“ auf der jugendlichen Politik-Agenda die höchste Priorität, Alltagsthemen wie „Erhöhung der Treibstoffpreise“ fanden hingegen kaum Zuspruch. Politische Bildung wird nur erfolgreich sein, wenn sie unmittelbar an der Lebenswelt der SchülerInnen ansetzt und ihre Problemwahrnehmung ernst nimmt, unterstützt und sich zu eigen macht.

**Die wichtigsten Themen**

Jenen SchülerInnen, die ihre Interesslosigkeit auch auf dieser Ebene zur Schau stellen<sup>12</sup>, erst einmal Gelegenheit zu geben, ihre Erfahrungswelt im Politikunterricht einzubringen, wird größere Chancen eröffnen, ihr „politisches“ Interesse zu wecken, als die ausschließliche Vermittlung eines zu reproduzierenden Wissensbestandes. Diese SchülerInnen über die Themen ihrer Lebenswelt, über Lifestyle, Jobperspektiven, Schule, Arbeitswelten und soziale Beziehungen davon zu überzeugen, dass Politik etwas mit ihrem Leben zu tun hat, dürfte ein ungleich aussichtsreicheres Unterfangen sein. Die seit 20 Jahren mit Argwohn beobachtete „Expansion des Subjektiven“<sup>13</sup> im Unterricht der Politischen Bildung muss als sinnvolle Entsprechung der Bedürfnisse wahrgenommen werden.

**Politisches  
Interesse  
wecken**

### **Hinwendung zu handlungsorientierten Unterrichtsformen**

In der Praxis der Politischen Bildung werden Methoden im Vordergrund zu stehen haben, die aktivieren und die Selbsttätigkeit der Lernenden fördern bzw. ein begründetes politisches Urteilen bzw. Handeln der AdressatInnen zum Ziel haben.<sup>14</sup> An elaborierten handlungsorientierten Möglichkeiten, den politischen Prozess anschaulich und kurzweilig zu simulieren, seine Bedeutung für den Einzelnen und die Gesellschaft darzustellen und ihn in subjektivierter Perspektive durchzuspielen, mangelt es nicht. Vor allem aufgrund der methodischen Vielseitigkeit ihrer Bezugsdisziplinen ist das Repertoire der Politischen Bildung sehr breit angelegt: Rollenspiel, Projektwochen, Sozialstudien, Befragungen, Fallanalysen oder Zukunftswerkstätten sind Beispiele für im Unterricht bewährte Methoden.

**Aktivierende  
Methoden**

Besonders Plan- und Simulationsspiele eignen sich, eine komplexe Wirklichkeit durch ein vereinfachtes Modell begreifbar zu machen: Ihr pädagogisches Ziel ist es, Entscheidungsprozesse transparent zu machen und den Lernenden die unmittelbaren Folgen ihrer Entscheidungen zu veranschaulichen. Darüber hinaus liegt jedoch ein großer Vorteil dieser Methode in ihrer motivationsfördernden Form, bei der alle Mitglieder einer Gruppe eingebunden werden.<sup>15</sup> Im Bereich der Neuen Medien bieten sich Möglichkeiten, auch passive und schwer zu motivierende SchülerInnen durch kybernetische Simulations- und Umweltspiele, die das vernetzte politische Denken schulen, anzusprechen. Solche handlungsorientierten Methoden werden allerdings durch das starre zeitliche Korsett der Einzelstunden erheblich behindert und verlangen die Kooperation mit thematisch verwandten Unterrichtsgegenständen.

**Unmittelbare  
Folgen von  
Entscheidungen  
verdeutlicht**

### **Integration des World Wide Web in die Unterrichtspraxis**

Unumgänglich wird es künftig ferner sein, modifizierte und neue Unterrichtsformen zu schaffen, die sich an den veränderten Kommunikations- und Rezeptionsgewohnheiten der Jugendlichen orientieren. Die Studie „ePartizipation – Jugend Aktiv“ des Salzburger ICT&S-Centers hielt zunächst als Ergebnis fest, dass politisches Desinteresse bei Jugendlichen mit einem niedrigen Wissensstand zu politischen Themen korreliert.<sup>16</sup> Das Interesse an politischen Themen würde jedoch steigen, so der Impetus, wenn die Jugendlichen über „ihre“ Medien angesprochen würden; schließlich steht das Internet für Jugendliche als Informationsquelle mittlerweile an erster Stelle, kollaborative und partizipative Formen des Netzes (Wikipedia, Online-Foren, Podcasts etc.) erfreuen sich steigender Nutzung. Diese Entwicklung ist für die Politische Bildung Herausforderung und Chance zugleich. Sie dürfe „nicht in der traditionellen Unterrichtsform geschehen“, sondern müsse künftig „mit massivem Einsatz von Web-2.0-Technologien“ operieren, forderte Projektleiterin Ursula Maier-Rabler: „Es geht um ‚Politik üben‘ und nicht um ‚Politische Systeme lernen‘.“<sup>17</sup> Natürlich fällt es den LehrerInnen gerade im Bereich der Neuen Medien schwer, sich eine mediale Versiertheit anzueignen, die zu jener der Jugendlichen aufschließt. Mittelfristig wird man um aktuelle Formen der Unterrichtsgestaltung aber nicht herumkommen, auch dann nicht, wenn sich Lehrer und Lehrerinnen in Bezug auf die verwendeten Medien in die Rolle der Lernenden versetzt sehen.

**Neue Kom-  
munikations-  
und Rezep-  
tionsge-  
wohnheiten**

**Politik üben,  
nicht  
Systeme  
erlernen**

### **Einbeziehung aktueller Ereignisse**

**Aktuelle  
Debatten  
wichtig**

Politische Bildung heißt auch, die Aktualität, die unmittelbare Gegenwart in den Blick zu nehmen. Werden Bezüge zu gegenwärtigen Debatten ausgespart, muss der Unterricht abstrakt bleiben und wird schlimmstenfalls als staatsbürgerkundliche Verlängerung des Geschichtsunterrichts wahrgenommen. Zwei Hemmnisse müssen hierbei jedoch überwunden werden:

Zum einen fühlen sich viele LehrerInnen (insbesondere GeschichtslehrerInnen) in Bezug auf Gegenwärtiges und Aktuelles nicht selten fachlich überfordert. Hier gilt es, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass LehrerInnen der Politischen Bildung weder „Weltversther“ noch „Welterklärer“ sind, dass sie keine ExpertInnen für die Deutung der komplexen Zusammenhänge hinter tagespolitischen Diskursen sein können. Ihre Rolle als kompetente LehrerInnen wird auch bei tagespolitischen Ereignissen weniger durch den eigenen politischen Wissensstand definiert als durch ihre Fähigkeit, SchülerInnen anzuleiten, selbstständig ein kritisches und reflektiertes politisches Urteil zu erlangen.

**Online-  
Medien  
können für  
Aktualität  
sorgen**

Zum anderen finden sich aktuelle Ereignisse, Konflikte und Probleme nicht im Schulbuch und müssen von den LehrerInnen in Eigenregie aufgearbeitet werden. Diesem Umstand ließe sich durch die Verbreiterung und Akzeptanz von Online-Angeboten entgegenwirken, die den Mangel an Aktualität kompensieren, welchen Schulbücher der Politischen Bildung notwendigerweise mit sich bringen. Beispielsweise erschiene es ebenso zeitgemäß wie nutzbringend, Online-Plattformen für LehrerInnen verstärkt zur neutralen Aufbereitung tagesaktueller politischer Themen heranzuziehen.

### **Hinterfragung der medialen Konstruktion von Wirklichkeit**

**Kritische  
Hinterfragung  
der Bericht-  
erstattung**

Außerhalb seines persönlichen Wirkkreises ist der Mensch zur politischen Bewusstseinsbildung auf die Information seitens der Medien angewiesen. Daher sollte die kritische Hinterfragung der medialen Berichterstattung eine der vornehmsten Aufgabe der Politischen Bildung sein. Die Medienkritik ist jedoch zugleich auch einer der (wenigen) Bereiche, in dem sich die subjektiven Erfahrungswelten von LehrerInnen und SchülerInnen angleichen, in dem SchülerInnen über ihre Rolle als zu Belehrende hinauswachsen können. Sofern Medienkritik nicht bloß *ex cathedra* erfolgt, lässt sich durch die Bezugnahme auf die tägliche Nachrichtenlage eine Brücke vom Klassenzimmer in die Wohnzimmer schlagen.

**Regeln  
medialer  
Bewusstseins-  
bildung**

Durch den Vergleich von Nachrichtensendungen, Magazinen oder Reportagen können Einblicke in die tägliche Praxis von Nachrichtenfilterung und -aufbereitung gewonnen werden. Im Bereich der Printmedien lässt sich etwa durch die Analyse von meinungsformenden Kampagnen ein Gespür für die Regeln medialer Bewusstseinsbildung vermitteln. Gerade der Kampagnenjournalismus bemüht sich sehr stark um die Lenkung der öffentlichen Meinung – ein Umstand, der die JurorInnen des österreichischen Negativpreises „Big-Brother-Award“ im vergangenen Jahr bewog, den ehemaligen Herausgeber der auflagenstärksten österreichischen Tageszeitung für sein diesbezügliches Engagement mit einer Auszeichnung zu bedenken. Den Verlauf einer medialen Kampagne einer oder mehrerer Zeitungen über den Verlauf mehrerer Wochen zu analysieren und dabei Einsatz und Wirkung einzelner publizistischer Instrumente (Berichte, Glossen, Leserbriefe, Umfragen etc.) zu beleuchten, kann den SchülerInnen zur Aufgabe gestellt werden.

**Wirkung  
publizistischer  
Instrumente**

**Votum für  
Politische  
Bildung**

Es gibt durchaus Grund zur Zuversicht: Dass Jugendliche dem Unterricht der Politischen Bildung prinzipiell positiv gegenüberstehen, belegte jüngst die Studie „Jugend und Politische Bildung“: 71 Prozent der befragten Jugendlichen sprechen sich demnach für ein eigenes Unterrichtsfach „Politische Bildung“ aus, das nicht in Kombination mit anderen Fächern stattfindet.<sup>18</sup>

**Heinrich Ammerer, MMag. phil.**

ist gegenwärtig Doktorand am Fachbereich Geschichtswissenschaft der Universität Salzburg und Mitarbeiter im Bereich Geschichtsdidaktik. Er unterrichtet Geschichte und Psychologie am BG/BRG Ried im Innkreis und publiziert u.a. zu geschichtsdidaktischen Fragestellungen.

- 1 Vgl. für die jüngste Zeit beispielhaft die Pilotstudie „Jugend und Politische Bildung. Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-Jährigen“ von Peter Filzmaier (2007), auf <http://www.donau-uni.ac.at/de/departement/politischekommunikation/projekte/id/11011/index.php> (31.1.2008); die Ergebnisse der österreichischen Jugend-Wertestudie des Österreichischen Instituts für Jugendforschung (2006/2007, erscheint im Druck im März 2008, die Ergebnisse der Untersuchung wurden bereits zusammengefasst in: Mit alten Werten in die Zukunft, „Der Standard“, 7.7.2007); oder die GfK-Umfrage „Jugend und Politische Bildung“ von Peter Ulram (2007): GfK Austria Sozialforschung: Jugend und Politische Bildung, Präsentation der Ergebnisse auf [www.iv-mitgliederservice.at/iv-all/dokumente/doc\\_2451.pdf](http://www.iv-mitgliederservice.at/iv-all/dokumente/doc_2451.pdf) (31.1.2008)
- 2 Vgl. Albert, Mathias et al.: Die pragmatische Generation unter Druck: Probleme und Perspektiven, in: Hurrelmann, Klaus et al.: Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt/Main 2006, S. 443–452, S. 449. Angenommen werden darf, dass die Situation in den westlichen Nachbarländern vergleichbar ist. Die Autoren der 15. Shell-Jugendstudie hielten in ihren Reflexionen das „niedrige Niveau“ des Interesses von deutschen Jugendlichen an der Politik fest und konstatierten, dass sich an der „relativen Ferne /.../ kaum etwas geändert“ hat.
- 3 Vgl. Hurrelmann, Klaus et al.: Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt/Main 2006
- 4 Albert, Die pragmatische Generation, S. 449
- 5 Hüther, Gerald: Biologie der Angst. Göttingen 1997, S. 66
- 6 Vgl. die Pilotstudie „Jugend und Politische Bildung“
- 7 In der Fessel-Umfrage „Jugend und Politische Bildung“ wird etwa der Anteil jener Jugendlichen, die deklarieren, sich „überhaupt nicht“ für Politik zu interessieren, mit 37 % angegeben. Vgl. „Jugend und Politische Bildung“.
- 8 Vgl. Sarcinelli, Ulrich: Politische Institutionen, Politikwissenschaft und politische Bildung. Überlegungen zu einem „aufgeklärten Institutionalismus“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 50, 1991, S. 41–53
- 9 Dachs, Herbert: Der sieche Prometheus. Österreichs Politische Bildung in den Mühen der Ebene, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1996/1, S. 5–18, S. 15
- 10 Vgl. Rohe, Karl: Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. Stuttgart 1994, S. 61–67. Dass diese Ordnungsbegriffe auch für den Unterricht der Politischen Bildung Bedeutung haben können, zeigen Dachs/Diendorfer/Fassmann im Vorwort zu ihrem Schulbuch (Dachs, Herbert/Diendorfer, Gertraud/Fassmann, Heinz: Politische Bildung 8. Wien 2005)
- 11 In der dritten Phase änderten sich die Ergebnisse in mancher Hinsicht sehr eindeutig, da die elaborierten Konzepte nun konkrete Handlungsschritte anbieten konnten. Umwelt und Bildung blieben dabei – neben der Gesundheit – dennoch die bevorzugten Bereiche, während hingegen die Gestaltungsvorschläge im Bereich Beschäftigung nun den wenigsten Zuspruch fanden. Vgl. die Ergebnisse des Projekts „Mitmachen.at – move your future“ auf [www.mitmachen.at](http://www.mitmachen.at) (31.1.2008)
- 12 Dies betrifft in höherem Maße Hauptschüler sowie die Berufsschulen. Politisches Interesse wird in erheblichem Ausmaß sozial vererbt, Jugendliche aus bildungsfernen Schichten weisen daher in der Regel ein (noch) geringeres Interesse an politischen Themen auf als ihre Altersgenossen in den AHS, die großteils aus bildungsnahen Haushalten stammen. Vgl. Schneekloth, Ulrich: Politik und Gesellschaft: Einstellungen, Engagement Bewältigungsprobleme, in: Hurrelmann, Klaus et al.: Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt/Main 2006, S. 103–144, S. 106
- 13 Vgl. Gagel, Walter: Betroffenheitspädagogik oder politischer Unterricht? Kritik am Subjektivismus in der politischen Didaktik, in: Gegenwartskunde 35, S. 31–44
- 14 Vgl. Mickel, Wolfgang: Methodenleitfaden durch die politische Bildung. Schwalbach/Taunus 1996, S. 33
- 15 Ebd., S. 54
- 16 Hier „Jugendpolitik“ und „Europa – Globalisierung“; vgl. Maier-Rabler, Ursula/Hartwig, Christiana: ePartizipation – Jugend aktiv: Das IKT-Nutzerverhalten von Salzburger Jugendlichen mit besonderer Berücksichtigung von (politisch) partizipativen Formen von Internet und mobiler technischer Kommunikation. Salzburg 2007, die Studienergebnisse sind zugänglich auf [www.icts.sbg.ac.at](http://www.icts.sbg.ac.at) (31.1.2008)
- 17 Vgl. Politische Bildung mit Web 2.0, in: „Der Standard“, 5.6.2007
- 18 Vgl. die Pilotstudie „Jugend und Politische Bildung“



**ONLINEVERSION**

Ergänzende Informationen zu diesem Artikel finden Sie in der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf [www.politischebildung.com](http://www.politischebildung.com)

- ▶ Artikel: Krammer, Reinhard: Aus der Theorie für die Praxis: Geschichtsdidaktik und Politikdidaktik – zwei Seiten einer Medaille?, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 27. Innsbruck–Bozen–Wien 2007.